

Das Mega-Projekt: Nationale Bildungsplattform

Reinhard Altenhöner

630 Millionen Euro lässt sich die Bundesregierung die Nationale Bildungsplattform (NBP) kosten. Seit 2018 diskutiert, startete das Vorhaben 2021 und soll nun in der zweiten Jahreshälfte 2023 in einer ersten Beta-Version freigeschaltet werden. Eine von Wikimedia zur NBP in Auftrag gegebene Studie wurde am 8. November 2022 der Öffentlichkeit vorgestellt und in einer Podiumsdiskussion kontrovers diskutiert.

Worum geht es? Die Nationale Bildungsplattform (NBP) soll zu einer übergreifenden Meta-Plattform für digitale Bildungsangebote werden. In der Ausbaustufe ab 2025 soll sie ein umfassendes, alle Bereiche der Bildung und Weiterbildung (also Schule, Berufsqualifizierung, Weiterbildung, Fortbildung usw.) einbeziehendes Angebot sein, das eine Vielzahl heute verstreuter Angebote (privater wie öffentlicher) Anbieter bündelt und individualisiert und in eine nutzungsorientierte Lehr-Lern-Infrastruktur einbindet. Das bezieht die von den Bundesländern in den letzten Jahren (vielfach beschleunigt in der Pandemie-Zeit) gelaunchten Lernplattformen für den Schulbereich ebenso ein wie andere öffentliche Träger aus dem universitären und außeruniversitären Umfeld, Breitenanbieter wie die Volkshochschulen oder eben auch private, zum Teil auch international agierende Anbieter. Technisch soll der Zugriff auf die Angebote über einen Single-Sign-On-Zugang realisiert werden, sodass eine Nutzung der Angebote aller Partner, die auf der Plattform verfügbar sind, einfach möglich ist, einschließlich der Abrechnung von Kosten. Salopp gesagt geht es also um einen Marktplatz für lebensbegleitendes Lernen, der über alle Altersstufen und Bedarfsbereiche hinweg Transparenz in die zerklüftete (digitale) Bildungslandschaft bringt.

Als Förderer tritt das Bundesbildungsministerium (BMBF) auf und betritt damit eine Bühne, die in der föderalen Zuständigkeitsverteilung der Republik überwiegend den Bundesländern vorbehalten ist. Schon das ist nicht einfach, aber das Vorhaben hat auch mit anderen Widrigkeiten zu kämpfen: Nachdem der Bundesrechnungshof das Projekt wegen technischer und administrativer Mängel kritisch aufgegriffen hatte („drohende Förderruine“),¹ liegt nun eine im Auftrag von Wikipedia erstellte Studie vor, die



Abb. 1: Prof. Dr. Felicitas Macgilchrist (Georg-Eckert-Institut Braunschweig) stellt die Grundaussagen der Studie vor.

unter dem Titel „Konzeptstudie: Werte und Strukturen der Nationalen Bildungsplattform“ die bisherigen Ergebnisse analysiert. Michael Seemann, Felicitas Macgilchrist, Christoph Richter, Heidrun Allert und Jürgen Geuter, allesamt renommierte Bildungswissenschaftler, untersuchen Ansatz, Umsetzung und Perspektiven der NBP und kommen zu einem irritierenden Urteil: Entsteht eine technisch gut fundierte, modernen Interoperabilitätskriterien entsprechende Hülle, die von einem unklaren bzw. veralteten Bildungsverständnis ausgeht und als vermeintlich „neutrale“ Plattform einen breiten, gesellschaftlich mehr und mehr akzeptierten Bildungsansatz ignoriert und die Chancen, die im E-Learning liegen, vertut?² Der Anspruch des BMBF, ein „technisches und organisatorisches Ökosystem“ zu schaffen, das Lernsysteme und Produkte miteinander vernetzt und einen übergreifenden digitalen Lernraum bauen will, in dem Lernende, Lehrende, Bildungseinrichtungen wie Lehrmaterialanbieter³ sich mit ihren jeweiligen Angeboten begegnen und das lebensbegleitende Lernen eigenverantwortlich praktizieren, ist jedenfalls sehr weitreichend und anspruchsvoll. Aufgabe der Platt-

1 <https://www.news4teachers.de/2022/08/bundesrechnungshof-sieht-in-der-630-millionen-euro-teuren-nationalen-bildungsplattform-eine-drohende-foerderruine/> Der BRH bemängelte die fehlende Berücksichtigung und Einbindung der Länder und griff die Orientierung an den ebenfalls geförderten Aktivitäten des Hasso-Plattner-Instituts in Potsdam auf.

2 Die Studie ist verfügbar unter <https://www.wikimedia.de/wp-content/uploads/2022/11/Konzeptstudie-Werte-und-Strukturen-der-Nationalen-Bildungsplattform.pdf>

3 So das Wording des BMBF, siehe <https://hochschulforumdigitalisierung.de/de/blog/die-nationale-bildungsplattform-nbp>

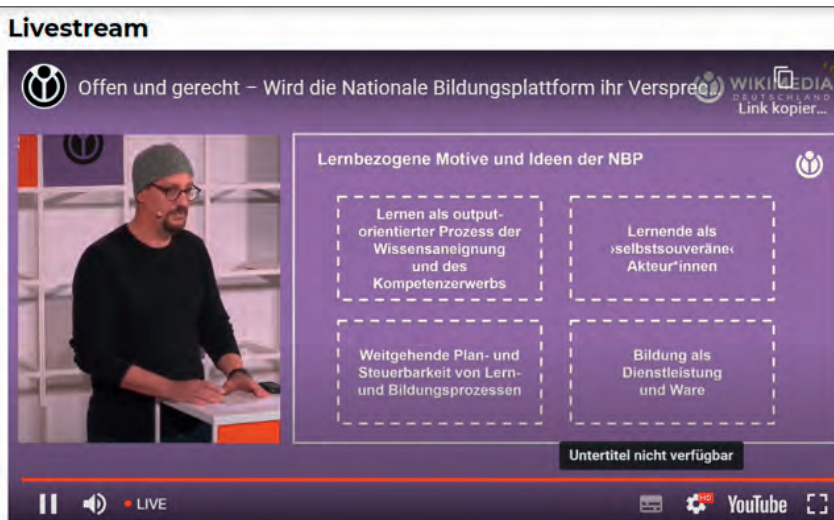


Abb. 2: Christoph Richter (Universität Kiel) stellt die wesentlichen handlungsleitenden Merkmale der Nationalen Bildungsplattform aus Sicht der Studien-Autorinnen und Autoren vor.

form ist es dabei, nicht nur alle Anbietenden, Lehrenden und Lernenden zu vernetzen, sondern diese Angebote „intelligent miteinander“ zu verknüpfen.

Die öffentliche Präsentation der Wikipedia-Studie am 8. November 2022 wurde genutzt, um neben den Autorinnen und Autoren Prof. Dr. Felicitas Macgilchrist (Leiterin der Abteilung „Mediale Transformationen“ am Leibniz-Institut für Bildungsmedien | Georg-Eckert-Institut) und Christoph Richter, (Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Pädagogik (IfP) der Universität Kiel) weitere Persönlichkeiten aufs Podium zu holen, die an der Genese des Projekts zum Teil direkt beteiligt waren.⁴ Prominenteste Teilnehmerinnen waren Saskia Esken, SPD-Vorsitzende, die eine der Urheberinnen/Urheber dieser auch international bemerkenswerten Idee ist und Marina Weisband, Beteiligungspädagogin und Diplompsychologin, die lange Zeit für die Piratenpartei und die Grünen aktiv war. Aber auch das Bundesministerium für Bildung und Forschung war mit Dr. Johanna Börsch-Supan, Abteilungsleiterin „Allgemeine und berufliche Bildung; Lebensbegleitendes Lernen“ vertreten. Oliver Sachzse, Generalsekretär der Bundesschülerinnenkonferenz/-schülerkonferenz und Christian Humborg, Geschäftsführender Vorstand von Wikimedia Deutschland e.V. ergänzten die Runde. Zunächst stellten die Autorinnen und Autoren der Studie ihre Kernergebnisse thesenhaft zugespitzt vor.⁵

1. Plattformen sind nicht neutral. Entscheidungen über die technologische Umsetzung (wobei die Studie konzediert, dass Architektur und technische Methoden state-of-

the-art sind, der agile Entwicklungsprozess ist glaubwürdig) haben Auswirkungen auf die Art, wie die Plattform genutzt wird. Denn die Sichtbarkeit von Personen oder Inhalten hängt ganz unmittelbar davon ab, was der Such-Algorithmus verstärkt oder welcher Content verknüpft wird. Auch kann es entscheidend sein, welche Features realisiert werden oder nicht, wie Vernetzungsmechanismen funktionieren, Zugangsregeln organisiert sind, Steuerungsmechanismen für den Content ausfallen usw.

2. Zertifikatsorientierte Bildung entspricht nicht den gesellschaftlichen Anforderungen. Eine pädagogisch fundierte Anforderungsanalyse, die der NBP eine Ausrichtung gibt, fehlt. Lernen wird verstanden als „output-orientierter Prozess der Wissensaneignung“, dessen Erfolge sich an einem Ergebnis, zum Beispiel abprüfbar neu gewonnenen Wissens und einem Zertifikat, messen lassen. Die dahinterstehende Grundidee, wonach Lern- und Bildungsprozesse weitgehend geplant und gesteuert werden können, primär der Wissensaneignung und dem Erwerb arbeitsmarktrelevanter Qualifikationen dienen, stellt formelle Bildung in den Vordergrund und blendet andere Formen des aneignenden (Selbst)Lernens insbesondere im Bereich der Partizipation und der Wissensgenerierung aus, ein übergangsloser Wechsel zwischen Lernenden und Lehrenden kommt erst gar nicht vor.

3. Ohne Governance, auch für die Etablierung der Plattform, geht es nicht. Die Grundidee einer neutralen Plattform verzichtet darauf, die Frage, welche Inhalte auf der Plattform verfügbar sein werden, zu beantworten. Lernziele, pädagogische Konzepte und dahinterstehende Lernmodelle bleiben im Dunkeln. Ob dies zentral beispielsweise durch Expertengremien bestimmt wird oder die in der Plattform Arbeitenden in Aushandlungsprozessen den Inhalt der Plattform entwickeln, ist offen – weil diese Frage erst gar nicht gestellt wurde. Dies führt dazu, dass das „Lernen“ auf die Plattformen der Anbieter verlagert wird und Qualitätssicherungsaspekte außen vor bleiben. Damit werden im Sinne eines neoliberalen Narrativs („Bildung als Ware“) alle Anbieter prinzipiell gleichgestellt – die Kunden der Plattform entscheiden.

4. Betreibermodell fehlt. Es ist völlig offen, wer die NBP betreiben wird, offenbar ist diese Frage noch nicht diskutiert. Diese Unsicherheit ist fatal und beeinträchtigt auch die Akzeptanz der bzw. das Vertrauen in die Plattform. Im Ergebnis sieht die Studie zwei Optionen, um den aus ihrer Sicht verunglückten Ansatz zu heilen: Entweder ein Neustart, also Abbruch des laufenden Vorhabens oder

⁴ Der Stream der Diskussion ist noch verfügbar unter <https://www.wikimedia.de/wikimedia-studie-nationale-bildungsplattform/>

⁵ Von mir so zusammengefasst.



Abb. 3: Saskia Esken (Vorsitzende der SPD) in der Diskussion zur Nationalen Bildungsplattform: Sie hat 2018 ganz wesentlich das Vorhaben auf die politische Agenda gehoben.

eine durchgreifende Reform der aktuellen Pläne parallel zu den laufenden Arbeiten an ihr. Die Autorinnen-/Autorengruppe präferiert den kompletten Neubeginn, hält es aber auch für möglich, die Zieldiskussion unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft parallel nachzuholen und die aufgeworfenen Fragen zu beantworten. Unverzichtbar sei die Einrichtung eines „User-Rats“, der verschiedene Akteure und Zielgruppen zusammenbringt und die erforderlichen Klärungen unter breiter gesellschaftlicher Beteiligung transparent verhandelt und damit die Plattform profiliert.

Eine brisante Ausgangssituation, die unter der Moderation der Journalistin Vera Linß diskutiert wurde, an die sich eine Antwortrunde zu im Chat oder live von den Zuschauern gestellten Fragen anschloss.

Nach einem grundlegenden Abgleich zu den Studienerkenntnissen, deren allgemeine Voraussetzungen durchweg akzeptiert wurden, gewann die Debatte schnell an Fahrt und die Vertreterin des BMBF, Frau Börsch-Supan geriet schnell in die Defensive. Ihr Hinweis darauf, dass die Anbieter selbstständig für die Inhalte verantwortlich zeichneten und die Nutzenden der Plattform ungeeignete Angebote ignorieren würden, wurde nicht akzeptiert. Die Steuerung sollte und könnte nicht „Verwaltungssachverständigen“ oder formalen Regularien überlassen werden, forderten die Autorinnen und Autoren ein, sekundiert auch von Saskia Esken und Marina Weisband: Die Formulierung von Regeln sowie die explizite Einführung von Qualitätssicherungsmechanismen seien unverzichtbar.

Breiten Raum nahm der Austausch zum Bildungsbegriff ein: Was braucht die Gesellschaft und welche Formen von Bildung wird die Plattform ermöglichen? Werden Austausch- und Kollaborationsräume möglich sein, in denen situativ aus Lernenden Lehrende werden, in denen gemeinsames Arbeiten möglich ist und Vernetzungen stattfinden? Ist nicht gerade die Wikipedia ein starkes Beispiel dafür, wie Wissen aus Austausch entsteht? Auf

diese Fragen gab es – bei aller Einigkeit über den Bedarf – keine Antworten, weil die Plattform und ihr Funktionsumfang noch offen sind. Deutlich wurde allerdings, dass die starke Zurückhaltung des BMBF viel damit zu tun hat, dass man einen Eingriff in die Gestaltungshoheit der Länder für (schulische) Bildung und Weiterbildung unbedingt vermeiden will. Das dabei von Frau Börsch-Supan gebrauchte Bild eines Straßennetzes, das der Bund mit der NBP zur Verfügung stelle und das von allen Akteuren gleichermaßen frei gefüllt und gestaltet werden könne, verfiel aber nicht, sondern wurde umgedreht: Marina Weisband beschwor die Rolle der Fußgänger, die eben nicht gleichberechtigt im Straßenverkehr unterwegs sind – ein gerade in Berlin extrem wirksames Bild.

Immerhin versprach Börsch-Supan aber, dass die NBP nicht in einer public-private Partnership betrieben werde wie es insbesondere Wikipedia als Einfallstor für finanz-

MIKRO PRESS

Mikroverfilmung

Zeitungsbestände, Pressearchive
Historische Akten

Mikropublikationen

Mikrofilm, Mikrofiche, Eigenes Archiv
mit über 15.000 Filmen,
Dienstleistungen

Mikrofilm-Geräte

Lesegeräte, Reader-Printer, Zubehör

Jubiläums-Geburtstagstitelseiten

Abzüge auf spez. Antikpapier

Mikropress GmbH

Siemensstraße 17-19

53121 Bonn

Tel.: 02 28/62 32 61

Fax: 02 28/62 88 68

E-Mail: Mikropress-Bonn@t-online.de

Home www.mikropress.de

starke Privatkonzerne befürchtet. „Der Betrieb ist eine hoheitliche, staatliche Aufgabe“, formulierte sie.

Die deutliche Kritik an der mangelnden Transparenz griff die BMBF-Vertreterin auf: Es habe zahlreiche Aufrufe für Beteiligungsformate gegeben, aber das BMBF werde hier nachlegen und weitere Angebote machen. Die zentrale Forderung der Studien-Autorinnen/-Autoren für die Reform der NBP nämlich die Gründung eines User-Rats wurde wiederholt aufgegriffen sowie der Vorschlag diesen per Los aus den interessierten Kreisen zusammenzusetzen – hier könnte sich etwas bewegen.

In der Bilanzrunde waren sich trotz aller Kritik alle Diskussionsteilnehmerinnen/-teilnehmer darüber einig, dass die NBP ein wichtiger und potentiell sehr relevanter Ansatz ist. Eine aktivere Rolle des Bundes, der im Bereich der beruflichen Weiterbildung und des ID-Managements schon heute Aufgaben hat, sollte verstärkt werden, um die offensichtlich stark zentrifugalen Kräfte des Föderalismus koordinierend zu bündeln und zusammenzuhalten – die NBP könnte hier ein wichtiger Anker werden. Umso erstaunlicher wird es für viele Zuhörer gewesen sein, dass kein Vertreter der Länder mitdiskutierte. Gerade die, die erklärtermaßen ihre Aktivitäten auf der Plattform zusammenbringen sollen, waren nicht dabei. Und ganz offensichtlich ist die Einbindung von 16 Länderangeboten auch nicht trivial, sondern enorm aufwändig.

Die Aufnahme von Fragen aus dem Publikum drehte sich dann auch vielfach um die Zerrissenheit der deutschen Bildungslandschaft und die administrativen Hürden, die das Bild bestimmen: Wenn Lehrerinnen und Lehrer in ihrer länderübergreifenden Vernetzungsarbeit behindert werden, weil zum Beispiel divergierende Lehrpläne und Lernmaterialien sowie unterschiedliche Leitbilder für ihre Arbeit das Trennende betonen, gerät der Anspruch einer Vernetzungsplattform schnell zu einem Torso aus kleinen insulären Lösungen. Wenn dann die Plattform selbst auch noch keinen Rahmen für Interaktion und Vernetzung gibt,

bleibt die Bildungsreform, über deren Notwendigkeit sich alle einig waren, im Klein-Klein stecken und verliert die NBP auch schnell den Anschluss an eine Entwicklung, die gesellschaftlich längst im Gang ist und in der gleichberechtigter Austausch, Kollaboration, Orientierung an best practices entscheidende Elemente sind. Dieser Geist sollte – so die klare Botschaft an das BMBF – auch die Entwicklung der Plattform bestimmen.

Alles in allem zeigte der Abend, dass das Mega-Projekt NBP von der Öffentlichkeit verblüffend wenig beachtet wird. Es ist frappierend, dass das Vorhaben insbesondere von den öffentlichen Bildungseinrichtungen wenig beachtet wird. Die Chance, digital gestütztes Lernen und die großen Potentiale, die hier liegen, inhaltlich zu füllen, wird bislang nicht vernehmlich aufgenommen. Das Wie des zukünftigen Lernens und die Tatsache, dass scheinbar alte Themen wie die Aneignung von Informationskompetenz und die Erprobung und Einübung von Praktiken des kollaborativen, digitalen Austauschs und Lernens in der Debatte nur eine marginale Rolle spielen, bleibt unverständlich. Und folgerichtig kommen viele Akteure wie die schon genannten Volkshochschulen mit ihrem umfassenden Bildungsanspruch, aber auch die Bibliotheken, die sich nach der Pandemie-Erfahrung gerade als wichtige, auch gesellschaftlich wahrgenommene Lernorte (vor Ort und digital) erwiesen haben, so wenig vor, dass Fragen dazu es nicht einmal auf die Agenda der Diskussionsrunde schafften – es gibt viel zu tun! ■



Reinhard Altenhöner

Stellv. Chefredakteur von b.i.t.online
Ständiger Vertreter des Generaldirektors
der Staatsbibliothek zu Berlin.
Reinhard.Altenhoener@sbb.spk-berlin.de

tägliche News auf [b.i.t.online.de](https://www.b.i.t.online.de)